



per Telefax/E-Mail

Augsburg, 06. Mai 2021

Pressemitteilung

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann weiht Erweiterungsbau des Bayerischen Verwaltungsgerichts Augsburg ein – Freistaat Bayern investiert rund 2,5 Millionen Euro

Neubau mit 219 Quadratmeter Nutzfläche – neugestalteter Eingangsbereich, vier zusätzliche Büroräume sowie neuer Sitzungssaal mit modernster Technik

Der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann weihte heute den neuen Erweiterungsbau des Bayerischen Verwaltungsgerichts Augsburg ein, der nach nicht einmal eineinhalb Jahren Bauzeit fertiggestellt wurde. Der Freistaat Bayern investiert damit rund 2,5 Millionen Euro in den Gerichtsbezirk Schwaben. Erfreulich ist, dass die geplante Bauzeit und der veranschlagte Kostenrahmen eingehalten wurden. Unter der Leitung des Staatlichen Bauamts Augsburg sowie mit Hilfe mehrerer Planungsbüros und der Bauausführung durch insgesamt 32 Baufirmen entstand ein Neubau mit 219 Quadratmetern Nutzfläche, der den alten Eingangsbereich ersetzt und sich zwischen den bestehenden Gebäudeteilen einfügt. Neben vier zusätzlichen Büroräumen und einem neugestalteten Eingangsbereich freut sich der Präsident des Verwaltungsgerichts Augsburg Dr. Nikolaus Müller besonders über den mit modernster Technik, insbesondere einer automatisierten Sitzungssaalbelegungsanzeige, ausgestatteten neuen Sitzungssaal. Dieser bietet den Richterinnen und Richtern zudem zusätzliche Möglichkeiten für die mündlichen Verhandlungen. „Damit schreitet auch in der Verwaltungsgerichtsbarkeit die Digitalisierung spürbar voran“ betont Dr. Müller.

Hohe Verfahrenseingänge aufgrund stark gestiegener Zuwanderung von Schutzsuchenden – Freistaat Bayern stattete Verwaltungsgericht Augsburg mit mehr Personal aus

Insbesondere die hohe Zahl von Schutzsuchenden ab dem Herbst 2016 führte zu stark gestiegenen Verfahrenszahlen an den Bayerischen Verwaltungsgerichten, die auch das Baye-

rische Verwaltungsgericht Augsburg vor große Herausforderungen stellte, um allen Bürgerinnen und Bürgern einen effektiven Rechtsschutz zu garantieren. Der Freistaat Bayern statete deswegen die Verwaltungsgerichtsbarkeit mit zusätzlichem Personal aus, sodass auch in Augsburg der Personalbestand des Verwaltungsgerichts deutlich anstieg. Von 51 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Jahr 2016 (26 Richterinnen und Richter sowie 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im nichtrichterlichen Bereich) erhöhte sich die Beschäftigtenzahl bis zum Jahr 2021 auf 71 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (36 Richterinnen und Richter sowie 35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im nichtrichterlichen Bereich). Dank des inzwischen fertiggestellten und bezogenen Erweiterungsbaus konnte die aufgrund des Personalaufbaus eingetretene Raumnot nun behoben werden.

Große Herausforderung durch stark gestiegene Verfahrenszahlen – Personalzuwachs und Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gerichts zeigen spürbare Erfolge

Auch aufgrund des zusätzlichen Personals konnten die großen Herausforderungen der vergangenen Jahre gut bewältigt werden. Gingen im Jahr 2015 am Verwaltungsgericht Augsburg noch 3.164 neue Verfahren ein, waren es im Jahr 2016 bereits 5.128. Die Eingangszahlen erreichten im Jahr 2017 ihren Höhepunkt. Mit 8.275 eingegangenen Verfahren waren sie mehr als zweieinhalb Mal so hoch wie im Jahr 2015. Damit stiegen die am Gericht anhängigen Verfahren (sog. Restanten) von 1.033 im Jahr 2015 auf 5.095 im Jahr 2017. Zugleich erhöhten sich aber auch die Erledigungszahlen stark. Während im Jahr 2015 noch 3.116 Gerichtsverfahren erledigt werden konnten, lagen die jährlichen Erledigungszahlen ab dem Jahr 2017 durchweg über 5.000. Der hohe Verfahrensbestand aus dem Jahr 2017 (5.095 Restanten) konnte bis Ende 2020 damit nahezu halbiert werden (2.616 Restanten). Zwar sind aktuell immer noch zweieinhalb Mal so viele Verfahren anhängig wie im Jahr 2015, sodass das Verwaltungsgericht Augsburg auch weiterhin stark gefordert bleiben wird. Aufgrund der zusätzlich geschaffenen und besetzten Stellen sowie der nach wie vor sehr hohen Erledigungszahlen bewertet Dr. Müller die aktuelle Lage aber positiv und blickt optimistisch in die Zukunft: „Nicht nur wegen der zusätzlichen Verstärkung, sondern besonders auch wegen der großen Kraftanstrengung und des hohen Einsatzes aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gerichts konnte diese positive Entwicklung erzielt werden. Das zeigt, dass den Bürgerinnen und Bürgern effektiver Rechtsschutz stets gewährleistet war, ist und auch bleiben wird.“